



WERDE
MITGLIED
BEI UNS

FRAUEN
UNION
CSU



Fotos: H. Hün

Wasserpreis muss erhöht werden

Der Wasserzweckverband Wenzenbacher Gruppe muss kostendeckend arbeiten und seinen Betrieb aus eigener Kraft finanzieren. Staatliche Förderungen gibt es nicht. Deshalb prüft der Bayerische Kommunalprüfungsverband (BKPV) alle drei Jahre, ob die Einnahmen zur Finanzierung der erforderlichen Ausgaben ausreichen. In die turnusmäßig für die Jahre 2025 bis 2027 erarbeitete Berechnung flossen (natürlich) die drastischen Preissteigerungen bei Energie, Material und Personal sowie die 2023 und 2024 entstandenen Defizite ein, aber auch die Einschätzung, dass noch einige Jahre

lang wegen einer geringen Bautätigkeit die Einnahmen aus Grundstücks- und Geschoßflächenbeiträgen weit unter den früheren Jahren liegen werden. Nicht zuletzt wirkt sich auch der erfreuliche Umstand, dass mit Wasser offensichtlich sorgsamer umgegangen wird und deshalb der Wasserverkauf sich bei 550.000 Kubikmetern pro Jahr eingependelt hat, auf die Berechnung aus: Die Kosten sind enorm gestiegen, die Erlöse bisher aber nicht und müssen deshalb angepasst werden. Im Rahmen der neuen Gebühreneinkalkulation legte der BKPV einige Vorschläge vor. Die Verbandsversammlung entschied sich einstimmig für eine Mischung aus Erhöhung der Grundgebühr und Anhebung des Wasserpreises. Ab Januar steigt die

Grundgebühr von 72,00 Euro auf 84,00 Euro pro Jahr und der Wasserpreis von 1,64 Euro auf 2,15 Euro pro Kubikmeter (1000 Liter). Dies bedeutet dem Verbandvorsitzenden Dr. Rudolf Ebneht zufolge bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 40 Kubikmetern pro Kopf und Jahr im Zweckverbandsgebiet eine Mehrausgabe von 20,00 Euro im Jahr bzw. 1,80 Euro im Monat. Dies sei für Wasser, dem wichtigsten Lebensmittel, sicher hinnehmbar. Außerdem bleibe der Preis wieder für drei Jahre stabil.



Dr. Rudolf Ebneht,
Vorsitzender
Wasserzweckverband

Foto: H. Hün

Krankenhausreform

Unbestritten ist, dass das deutsche Gesundheitssystem nach wie vor zu den besten der Welt gehört. Die Versorgung aller Menschen geschieht auf höchstem Niveau und jeder Mensch in Deutschland bekommt all das, was er zur Behandlung seiner Gesundheitsprobleme braucht. Vielleicht nicht immer dann, wann er es will, aber er bekommt es. Doch die Versorgung ist in Gefahr: Zu wenig Personal, ob Pflegepersonal, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Praxen oder auch fehlende Pflegekräfte und auch Ärztinnen und Ärzte sind Hinweise, dass das Arbeiten im Gesundheitswesen nicht mehr so behagenswert ist, wie es einmal war.

Eine Chance zur Verbesserung der Versorgung soll das jetzt auch im Bundesrat beschlossene Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) erreichen, doch fehlt diesem an einigen Stellen die Grundlage für eine tatsächliche Verbesserung der Versorgung und vor allem auch für die Sicherung der kleinen Krankenhäuser, die gerade im ländlichen Raum für das Wohlergehen der Bürger wichtig sind. Hier sind unbedingt Nachbesserungen erforderlich. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Verbesserung der Versorgung durch Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte, aber auch in einigen Facharzt Disziplinen. Hier fehlt es schon an vielen Orten und die künftige Regierung muss Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Rückgang

der Ärztinnen und der Ärzte in Praxen zu verhindern. Gesundheit ist mit Frieden und Freiheit eines der wichtigsten Güter, die wir haben und dafür lohnt es sich, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Eine neue Regierung hat die Chance, diese umzusetzen.



Dr. Bernhard Riedl

Foto: H. Hün



IMPRESSUM:

V.i.S.d.P./ Herausgeber:
CSU-Ortsverbände Wenzenbach
und Grünthal/Hauzenstein,
Schlehenweg 11, 93173 Wenzenbach
Auflage: 4000, Dezember 2024
Fotos: siehe Texte
Layout & Druck:
Werbemanufaktur Regensburg

NÄHER AM MENSCHEN



WWW.CSU-WENZENBACH.DE



WENZENBACH

WEIHNACHTEN 2024

AUFLAGE 4000

CSU KURIER

NACHRICHTEN | MEINUNGEN | HINTERGRÜNDE



Frohe
Weihnachten
UND EIN GESUNDES
NEUES JAHR

Foto: H. Graml

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ja, es ist Weihnachten! In den vergangenen Tagen gab es gute Gespräche bei Glühwein und Bratwurst auf den verschiedensten Weihnachtsmärkten und Weihnachtsfeiern. Viele Häuser und Grundstücke sind wunderschön weihnachtlich geschmückt.

Weihnachten ist für viele Menschen das wichtigste und schönste Fest des Jahres. Es ist das Fest der Liebe und des Beisammenseins. Und genau hier sollten wir ansetzen, zusammenhalten, beisammen sein, gegenseitig unterstützen.

Es hat sich viel geändert in den letzten Jahren. Erst kam Corona, danach der Krieg in der Ukraine und der Nahostkonflikt. Umso wichtiger sind gerade Aspekte wie Gesundheit, Glück und ein friedvolles Miteinander, welche wir nicht kaufen können oder unter dem Weihnachtsbaum finden werden.

Sorgen um die Ausweitung des Ukrainekrieges, das Geld wird knapper und eventuell einschneidende Sparmaßnahmen werden größer.

Freuen wir uns über die kleinen positiven Dinge. Ein geschmückter Tannenbaum zuhause oder auf dem Vorplatz der Gemeinde, ein gemütliches Beisammensein in der Weihnachtszeit oder Frieden in unserer Gemeinde. Dafür sollten wir dankbar sein.

Wir möchten diese besondere Zeit nutzen, um Danke zu sagen.

Danke liebe Wenzenbacherinnen und Wenzenbacher, die unsere Gemeinde zu einem besonderen Ort machen. Danke an alle, die sich für unser Gemeinwohl einsetzen. Danke an die Feuerwehren, die für uns im Einsatz sind, für die Mitarbeiter der Schulen und Mitglieder der Vereine und allen Beteiligten und auch den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, des Bauhofs für ihren Einsatz.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien und all Ihren Lieben ein besinnliches Weihnachten, einen angenehmen Jahreswechsel mit Gesundheit und Hoffnung, vor allem aber Frieden für das neue Jahr 2025.

Ewald Fischer
2. Bürgermeister

mit den Mitgliedern der CSU-Fraktion, Bernhard Pielmeier, Rainer Mißbeck, Petra Röscher, Maria Koller, Dr. Rudolf Ebneht und Dr. Bernhard Riedl.

NÄHER AM MENSCHEN



Foto: H. Hün



Holt uns jetzt die Zeit ein?

Die finanzielle Lage vieler Kommunen in Deutschland hat sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Immer mehr Aufgaben werden an die Städte und Gemeinden delegiert, ohne sie mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Die Konsequenz: Viele Kommunen nähern sich finanziell dem Limit. Zusätzlich hat die Ampelkoalition die Wirtschaft innerhalb von drei Jahren in eine schwierige Lage gebracht. Einkommenssteuerbeteiligungen und Gewerbesteuererinnahmen werden auch in Wenzenbach voraussichtlich sinken. Gleichzeitig schmelzen unsere Rücklagen weiter ab – nicht zuletzt, weil in den vergangenen Jahren ein erheblicher Investitionsstau (z. B. Westumfahrung, Südspange, Kinderhaus und viele andere Projekte) vorbildlich abgebaut wurde.

Auch große Vorhaben wie der Neubau der Mittelschule stehen nun vor der Umsetzung. Doch all diese

Projekte müssen langfristig finanziert werden. Auf der Einnahmenseite wurde jedoch nur wenig erreicht: Abgesehen von einem Mischgebiet in Gonnersdorf wurden weder ein neues Baugebiet noch das seit 2016 von der CSU geforderte Gewerbegebiet umgesetzt. Selbst das Nahversorgungszentrum ist noch nicht final gesichert.

Holt uns also die Zeit ein?

Wir werfen der Gemeindeverwaltung nicht vor, die Notwendigkeit dieser Investitionen nicht erkannt zu haben. Allerdings hatten diese bisher keine oberste Priorität auf der Agenda. Vorbehalte gegenüber Privatinvestoren, übermäßige Eingriffe in den Wettbewerb, überzogene Vorgaben und die Verweigerung von Teilumsetzungen sind Hürden, die uns ausbremsen und teuer zu stehen kommen könnten.

Es bleibt abzuwarten, ob die Zeichen der Zeit nun erkannt werden.



Foto: H. Graml

Echte Bürgerbeteiligung geht anders

Obwohl es in den öffentlichen Äußerungen des Rathauses nicht deutlich wird, entsteht auf Initiative eines Wenzenbacher Grundstückseigentümers neben der B16 der Solarpark „Obere Breiten“, der jährlich bis zu 16,6 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen kann – das entspricht dem Jahresbedarf von rund 5.800 Haushalten. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Voltgrün GmbH umgesetzt. Die CSU hat dem Vorhaben zugestimmt, da es einen wichtigen Beitrag zur Energiewende vor Ort leistet.

Dennoch halten wir den eingeschlagenen Umsetzungsweg nicht für alternativlos. Anscheinend aufgrund von Druck aus dem Landratsamt musste die Kommunale Energie Regensburger Land (KERL) mit ins Boot geholt werden. Dies hat zum einen die Geschwindigkeit des Projekts verlangsamt – was mit Sicherheit nicht an der Kompetenz der KERL, sondern am Beteiligungsverfahren selbst liegt. Zum anderen wurde die Form der Bürgerbeteiligung fast schon als unveränderlich dargestellt.

Positiv ist, dass ein Teil der Wertschöpfung in der Kommune bleibt, doch bei der Umsetzung über ein Nachrangdarlehen profitiert der Bürger nur von den Zinsen dieser

Anschubfinanzierung. Nach einigen Jahren ist der Anleger wieder draußen. Weiter herrscht noch große Unklarheit, wie diese konkret aussehen soll oder wie hoch die Einlage sein wird. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus!

Und hier liegt der wahre Knackpunkt: Die KERL ist weder personell noch finanziell in der Lage, alle Projekte im Landkreis zu stemmen. Die Landrätin sollte daher den „Bremsklotz“ lösen und die KERL nur dort unterstützen, wo ihre Expertise tatsächlich gefragt ist. Oder haben wir für die Energiewende etwa unendlich viel Zeit?

Windkraft ja - aber nicht bei uns!

So banal und einfach diese Überschrift klingen mag, bringt sie doch die schwierige Lage unserer Gemeinde treffend auf den Punkt. Dabei ist die Notwendigkeit einer Energiewende aus Sicht des Gemeinderats unumstritten. Gleichzeitig sehen wir uns in der Verantwortung, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger beim regionalen Ausbau nach außen zu vertreten. Der regionale Planungsverband erarbeitet derzeit ein Steuerungskonzept für die Windenergie. Dieses Konzept soll eine unkontrollierte „Verspargelung“ der Landschaft verhindern und die Privilegierung von Einzelbauvorhaben beschränken. Praktisch bedeutet das: Es werden sogenannte Vorrangflächen ausgewiesen, die größtenteils sinnvoll erscheinen. Dennoch würde Wenzenbach durch diese Vorrangflächen regelrecht eingekesselt.

Zwar sind aktuell keine Windkraftanlagen auf unserem Gemeindegebiet geplant, doch ein Windpark beispielsweise im Kreuther Forst, knapp hinter unserer Gemeindegrenze, hätte erhebliche Auswirkungen auf Wenzenbach. Anlagen dieser Größenordnung würden nicht nur das Landschaftsbild verändern, sondern es massiv beeinträchtigen.

Wir unterstützen die Aussage des Bürgermeisters auf der Gemeinde-Homepage, dass ohne die Ausweisung von Windvorrangflächen im Regionalplan ein unkontrollierter Wildwuchs in der Region droht. Gleichzeitig begrüßen wir seine kritische Stellungnahme, in der er auf die besondere Lage und Situation Wenzenbachs hinweist. Nach dem Verzicht der örtlichen Grünen auf ihren ideologischen Widerstand bestand Einigkeit über die ablehnende Haltung der Gemeinde

Bernhard Pielmeier,
Fraktionsvorsitzender

Foto: Werbemanufaktur

Wie belastbar sind die Gemeindefinanzen noch?

Die Entwicklung der kommunalen Finanzen hat in den letzten Jahren eine dramatische Veränderung erlebt. Nach jahrelangen Mehrungen der verfügbaren Mittel wird die Steigerungskurve langsam flacher. Nun könnte man meinen, dass es kein Problem ist, wenn die Einnahmen stagnieren. Leider haben sich aber die Ausgaben dermaßen in die Höhe entwickelt, dass selbst finanziell stabile Gemeinden wie Wenzenbach in Bedrängnis geraten könnten. Das Schreckgespenst, das umgeht, heißt Kreisumlage. Bereits für das Haushaltsjahr 2024 wurde diese Einnahmequelle des Landkreises um vier Prozentpunkte erhöht. Diese Mehrung kostete unsere Gemeinde in diesem Jahr bereits fast eine Million Euro zusätzlich. Nun steht eine weitere Anhebung der Kreisumlage, nämlich bis zu neun Prozentpunkten, in der Diskussion. Damit würde die Gemeinde Wenzenbach 6.8 Mio, also deutlich über 2 Mio mehr gegenüber 2023, an den Landkreis bezahlen müssen. Geld, das wir sinnvoll in die Lebens- und Wohnqualität unserer Gemeinde investieren könnten. Woher kommt aber der stark gestiegene Finanzbedarf im Landratsamt? Tatsächlich ist ein Großteil der Kosten auf eine deutlich gestiegene Aufgabenmehrung, vor allem durch den Bund, zurückzuführen. Immer mehr Anordnungen und Gesetze verursachen immer mehr Bürokratie. Natürlich bedeutet auch die Migration einen enormen administrativen Aufwand, auch die zum Teil damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen bedürfen eines Mehraufwandes an Verwaltungsarbeit. All dies kostet viel Geld.

Weniger Staat - mehr Eigenverantwortung!

Nun stellt sich allerdings die Frage, warum der Bedarf in unserem Landkreis überdurchschnittlich steigt. Andere Landkreise kommen mit drei bis fünf Prozentpunkten Steigerung in der Kreisumlage aus, obwohl sie auch die 3,9%-ige Erhöhung der Bezirksumlage in der Oberpfalz verkraften müssen. Der Personalbestand im Landratsamt ist seit 2014 überdurchschnittlich gestiegen, das ehemals gute Rücklagenpolster ist abgebaut und ein Wille für signifikante Einsparungen ist nicht in Sicht. Die teils schwierigen äußeren Umstände entbinden die Landrätin nicht von der Pflicht, endlich den Rotstift anzusetzen und wirksame Sparmaßnahmen umzusetzen. Des Weiteren muss sich die vom Gesetzgeber aufgebürdete Bürokratisierung wieder reduzieren, Standards müssen überdacht werden und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger muss wieder mehr in den Vordergrund rücken. Wenn nun der SPD-Generalsekretär ein Wahlgeschenk ankündigt und für alle Schüler von der ersten Klasse bis zum Abitur kostenloses Mittagessen anbieten will, dann klingt das im ersten Augenblick sozial. Jedoch würde man damit ein weiteres, nicht zu bändigendes Bürokratiemonster schaffen – von den Kosten in Milliardenhöhe ganz zu schweigen. Wir müssen wieder zu weniger Staat und mehr Eigenverantwortung gelangen, sonst kollabieren unsere sozialen Systeme und unsere kommunale Selbstverwaltung. Die Anzeichen sind seit Jahren zu erkennen, jetzt besteht dringender Handlungsbedarf.

Rainer Mißbeck,
Vorsitzender
CSU Kreistagsfraktion

Foto: Werbemanufaktur